

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2017/1564		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Resolution: Sicher nicht! Keine Abschiebungen nach Afghanistan				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	07.11.2017	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	07.11.2017	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

1. Der Rat begrüßt das von der Bundesregierung beschlossene Moratorium, also die vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge über Asylbegehren aus Afghanistan geflüchteter Menschen während der Überprüfung der Sicherheitslage in diesem Land.
2. Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, sich in den Gremien des Deutschen Städtetags dafür einzusetzen, dass der Städtetag seinen Einfluss in Bund und Ländern dazu nutzt, Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern, damit auch bereits negativ beschiedene afghanische Asylbewerber einstweilen von Abschiebungen verschont werden.
3. Der Rat appelliert an die Abgeordneten des 18. Niedersächsischen Landtags sich dafür einzusetzen, dass es in Niedersachsen einen allgemeinen Abschiebestopp nach Afghanistan gibt.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:**Sachverhalt:**

Am 20.09.17 hat der Rat der Stadt Münster die folgende Resolution verabschiedet:

"1. Die Stadt Münster begrüßt das von der Bundesregierung beschlossene Moratorium, also die vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge über Asylbegehren aus Afghanistan geflüchteter Personen während der Überprüfung der Sicherheitslage in diesem Land.

2. Der Rat der Stadt Münster bittet den Oberbürgermeister, sich in den Gremien des Deutschen Städtetags dafür einzusetzen, dass dieser seinen Einfluss in Bund und Ländern dazu nutzt, Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern, damit auch bereits negativ beschiedene afghanische Asylbewerber einstweilen von Abschiebungen verschont werden."

Ähnliche Beschlüsse gab es in den letzten Monaten in Darmstadt, Düsseldorf, Würzburg. Diesen Resolutionen folgend sollte der Stadtrat der Friedensstadt Osnabrück ein Zeichen gegen Abschiebungen nach Afghanistan setzen.

¹ https://www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/to0047.php?_ksinr=10526&_cpagecontrol=9&ajax=1

Zwar beteiligt sich das Land Niedersachsen aktuell nicht an den Sammelabschiebungen nach Afghanistan, Abschiebungen nach Afghanistan sind zurückgestellt. Doch es bleibt offen, wie die nun kommende Landesregierung in Niedersachsen mit Abschiebungen nach Afghanistan umgehen wird. Darüber hinaus nehmen Ablehnungen von Asylgesuchen von Afghan*innen zu. Diese Praxis des BAMF sowie das Rücknahmeabkommen vom 02.10.2016 verkennen die Situation vor Ort. Die Lage im Land hat sich massiv verschlechtert, laut Global Peace Index 2017 ist Afghanistan das zweitunsicherste Land der Welt.

Es bietet sich hier eine Chance für die Friedenstadt Osnabrück gemeinsam mit Münster ein Signal an Landes- und Bundespolitik zu senden, dass Abschiebungen in ein vom Krieg gezeichnetes und unsicheres Land nicht tolerierbar sind. Dies wäre auch ein Zeichen an die geflüchteten Menschen die in unseren Städten Schutz gefunden haben, dass der Rat der Stadt Osnabrück den Begriff des Friedens mit Leben füllen möchte.

gez. Heidi Reichinnek
stellv. Fraktionsvorsitzende